



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 24. Januar 2012

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 24. Januar 2012**

I. Zur Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Klientelpolitik und Cliquenwirtschaft der Bundesregierung geht munter weiter. Sollte es noch eines Beleges für die Verwahrlosung demokratischer Institutionen durch die schwarz-gelbe Koalition bedürfen, so liefert ihn Entwicklungsminister Dirk Niebel. So viel Verlogenheit war nie. Aus der Opposition tönte der damalige FDP-Generalsekretär, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gehöre abgeschafft. Kein Spruch war ihm zu billig, um Stellenstreichungen und Personalabbau zu fordern. Als Minister aber ist Niebel mit Vorsatz daran gegangen, das BMZ aufzublähen und die Abteilungen und Referate zu vermehren, um Parteifreunde mit Posten zu versorgen. Das ist wahrscheinlich die tiefere Bedeutung des so genannten „mitfühlenden Liberalismus“ und der „neuen Bürgerlichkeit“. Die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit wird damit verhöhnt. Bei der Einstellung werden die selbstverständlichsten Regeln ordentlicher Auswahlverfahren und Eignungsprüfungen schamfrei gebrochen. Parteibuchkandidaten werden in Leitungsfunktionen gehoben, ohne sich im Wettbewerb mit anderen Bewerbern beweisen zu müssen und ohne die



erforderlichen Fachkenntnisse mitzubringen. Und das ist kein Einzelfall, denn gegen dieselben Praktiken protestiert der Personalrat des Wirtschaftsministeriums. Hier werden oberste Bundesbehörden von der FDP gekapert, um ihre Leute noch ins Trockene zu bringen, bevor sich der Niedergang der Partei in Wahlergebnissen manifestiert. Wir werden das in dieser Woche in einer aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema machen.

Während Schwarz-Gelb das Ansehen demokratischer Politik ruiniert, wächst der Problemstau im Land. Der Staat muss wieder den Bürgern dienen. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie bei der **Bildung**. Die OECD schreibt uns immer neu ins Stammbuch, wie sehr wir bei Bildungsinvestitionen und Chancengleichheit hinterherhinken. Hinter der Statistik stehen Schicksale: Zu geringe Sprachkenntnisse der Schulkinder, zu viele Schulabbrecher, zu viele Jugendliche ohne Berufsausbildung. Der Ausbau der Kitaplätze aber, die frühe Förderung und Betreuung der Kinder unter drei Jahren sind in Gefahr. Der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 – davor warnen viele Kommunen – ist kaum zu erfüllen, Klagen drohen. Doch Merkel stellt sich taub. Schwarz-Gelbe Klientelgesetze in der Steuerpolitik bedienen die Wohlhabenden und entziehen zugleich Bund, Ländern und Kommunen die Mittel, um gleiche Lebenschancen durch bessere Bildung zu erreichen. Auch der Ausbau der Ganztagschulen und die Qualitätsverbesserung der ganztägigen Förderung drohen zu erlahmen. Im Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion zeigen wir, wie in Deutschland bis 2020 jedes Kind auf eine Ganztagschule gehen kann. Dafür müssen wir Voraussetzungen schaffen. Bund und Länder dürfen sich nicht mehr in einem sinnlosen Kompetenzstreit verhaken, sie müssen für das gemeinsame Ziel besser zusammen wirken. Die SPD hat sich in Bund und Ländern auf eine klare Linie verständigt: Das Verbot der föderalen Kooperation muss weg. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen. Dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung müssen auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern möglich sein.



Herausragendes Thema ist auch diese Woche die ungelöste **Krise im Euroraum**. Am 30. Januar treffen sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Gipfel, um über den Vertrag zu einem „Fiskalpakt“ zu entscheiden. Im Vorfeld wird immer deutlicher, was die SPD schon im Dezember kritisiert hat: Dieser Vertrag kann die akuten Refinanzierungsprobleme der Euro-Länder nicht lösen. Er ist europarechtlich zweifelhaft und zielt eindimensional auf Kürzungen von Staatsausgaben. Bemerkenswert ist, wer sich dieser Kritik inzwischen anschließt. Da ist nicht nur die IWF-Chefin Christine Lagarde, die Merkel bei einem Treffen gestern sagte, dass einseitiges und pauschales Sparen in ganz Europa die Rezessionsgefahren verschärft. Auch sämtliche Fraktionen im Europäischen Parlament, CDU-Abgeordnete eingeschlossen, haben in einer gemeinsamen EntschlieÙung am 17. Januar deutlich gemacht, dass Haushaltsrestriktionen allein keinen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen werden. Sie fordern einen Schuldentilgungsfonds, um die Refinanzierungskrise wirksam zu bekämpfen, eine im EU-Recht verankerte Finanztransaktionssteuer und „bei gleichzeitiger Gewährleistung der Haushaltsdisziplin“ einen „Fahrplan für Stabilitätsanleihen („Eurobonds“)“.

Die Bundesregierung muss sich bewegen. Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Europa, von der Deutschland ganz besonders profitieren würde. Wir brauchen ein Programm der industriellen Erneuerung, das Europa im globalen Wettbewerb als Produktionsstandort und Ausrüster für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell positioniert. Wir brauchen die Umsatzsteuer auf sämtliche Finanzgeschäfte, nicht nur den börslichen Aktienhandel, um Investitionen zu finanzieren und einen Richtungswechsel zur Realwirtschaft einzuleiten.

Abschließend möchte ich Euch auf eine Premiere aufmerksam machen. Mit unserem Antrag „**Kultur für alle**“ schreiben wir ein kleines Stück Bundestagsgeschichte. Wir fordern kulturelle Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Barrieren bei Medienangeboten, Informationen und kulturellen Aktivitäten müssen fallen. Doch wir fordern nicht nur, wir zeigen auch, wie es



geht. Wir haben den Antrag in leicht verständliche Sprache übersetzt. Kurze Sätze, einfache Wörter und Bilder zeigen, worum es geht. Nicht nur Experten, sondern alle Menschen sollen verstehen, wie wir den kulturellen Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Gesellschaft stärken wollen.

Euer

gez. Dr. Frank-Walter Steinmeier

II. Zur Woche

Untersuchungsausschuss einsetzen

Alle Fraktionen des Bundestages beantragen gemeinsam die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Mordserie der rechtsextremistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Der Untersuchungsausschuss soll mit der Bund-Länder-Expertenkommission zusammenarbeiten und die Aufklärungsrechte der Länder in ihrem Verantwortungsbereich respektieren. Seine Aufgabe ist, sich ein Gesamtbild über Mitglieder, Taten, Umfeld und Unterstützer der Terrorgruppe verschaffen. Zu prüfen ist, welche Informationen den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden vorlagen, wie diese bewertet wurden und zu welchen Aktivitäten sie führten. Fehler und Versäumnisse der Bundesbehörden müssen dabei offen gelegt werden. Auch ist zu eruieren, welche Verbindungen die Terrorgruppe zu rechtsextremistischen Kreisen und internationalen Gruppierungen hatte. Schließlich muss die Rolle von V-Leuten geklärt werden. Daraus sind Schlussfolgerungen für Struktur, Zusammenarbeit, Befugnisse und Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus zu ziehen. Zudem sind Vorschläge zu machen, wie bei Ermittlungsmaßnahmen zukünftig Leid für Opfer und Angehörige vermieden werden kann.

Kooperativen Bildungsföderalismus stärken

Die Herausforderungen in der Bildungspolitik erfordern mehr Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Das Grundgesetz setzt dafür mit dem Kooperationsverbot enge Grenzen. Vor allem finanziell kann der Bund sich bisher nur an zeitlich befristeten Projekten beteiligen. Damit ist jedoch keine nachhaltige Verbesserung des Bildungssystems zu erreichen. Der Bildungsföderalismus muss zu einem kooperativen Föderalismus weiter entwickelt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen. Dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung müssen auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern möglich sein. Die

Vereinbarungen müssen einstimmig von den Ländern beschlossen werden. Ihre Bildungshoheit wird dadurch nicht eingeschränkt.

Abitur und Berufsbildung gleichstellen

Im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) sollen alle Qualifikationen des Bildungssystems erfasst werden. In einem Arbeitskreis haben Einrichtungen der Hochschul- und beruflichen Bildung, Sozialpartner und Experten die unterschiedlichen Qualifikationen acht Niveaus zugeordnet. Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, die allgemeine Hochschulreife auf der höchsten Stufe 5 einzuordnen. Dreijährige duale Ausbildungen sollen auf Stufe 4 und zweijährige duale Ausbildungen auf Stufe 3 sein. Dies wird der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht gerecht und gefährdet die Durchlässigkeit des Bildungssystems. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, bei der Zuordnung von Qualifikationen auf den Konsens aller Akteure hinzuwirken. Die Akteure des Dualen Berufsbildungssystems müssen dabei gleichberechtigt sein. Im Ergebnis sollen Allgemeine Hochschulreife und dreijährige duale Ausbildungen gleichwertig auf Stufe 4 eingestuft werden.

ISAF-Mandat verlängern

Die Bundesregierung beantragt die Fortsetzung des Einsatzes deutscher Streitkräfte an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF). Das Bundeswehrrkontingent wird mit dem neuen Mandat auf 4900 Soldatinnen und Soldaten reduziert. Auftrag der Bundeswehr ist weiterhin Aufbau und Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sowie der Schutz der afghanischen Bevölkerung. Bis zum Ende des Mandats im Januar 2013 soll das Bundeswehr-Kontingent abhängig von der Sicherheitslage und Fortschritten bei der Übergabe um weitere 500 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Damit folgt die Regierung dem von der SPD seit Sommer 2009 geforderten Strategiewechsel. Der Konflikt ist nur mit einem innerafghanischen Versöhnungs- und Reintegrationsprozess zu lösen. Die Sicherheitsverantwortung muss deshalb schrittweise an die Afghanen übergeben werden. Die internationale Gemeinschaft muss sich auf die Ausbildung von Polizisten und Soldaten konzentrieren. Mit dem Mandat, das intensiv in den

zuständigen Fraktionsgremien und Bundestagsausschüssen beraten wurde, kommt die Bundesregierung unserer Forderung nach. Deshalb können wir dem Mandat wie bisher zustimmen.

Intensivtierhaltung regeln

Intensivtierhaltung wird von breiten Bevölkerungsschichten abgelehnt. Gleichzeitig führt die steigende Nachfrage nach preiswertem Fleisch zu ihrer Ausweitung. Um mehr Tierschutz und weniger Umweltbelastung zu gewährleisten, müssen Tierschutz-, Planungs- und Umweltrecht angepasst werden. Unser Antrag fordert die Bundesregierung dazu auf, den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung zu verbessern. Tierschutzindikatoren sollen entwickelt und ein Tierschutzlabel eingeführt werden. Ein Gesundheitsmonitoring muss unterstützt und ein Prüf- und Zulassungsverfahren für Haltungssysteme geschaffen werden. Weiterhin muss die kommunale Planungshoheit über Tierhaltungsanlagen gesichert sein. Dem Schutz von Böden und Grundwasser ist durch die Kontrolle von Bestandsobergrenzen und Düngerverwertung Rechnung zu tragen. Schließlich sollen Landwirte frühzeitig über neue Anforderungen beim Tier- und Umweltschutz informiert werden.

Europäische Agrarpolitik weiterentwickeln

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) soll ab 2013 neu ausgerichtet werden. Leitbild ist eine nachhaltige Landbewirtschaftung, Erhaltung von Kulturlandschaften, Entwicklung ländlicher Räume und die Marktausrichtung landwirtschaftlicher Unternehmen bei fairer Gestaltung des Weltmarktes.

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich bei den Verhandlungen über die GAP für die Weiterentwicklung des Zwei-Säulen-Modells einzusetzen. Die Direktzahlungen der ersten Säule müssen an Zielvorgaben im Bereich Klimaschutz, Erhaltung der biologischen Vielfalt, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz gekoppelt werden. Ein Sockelbetrag soll für die Einhaltung ökologischer und sozialer Produktionsstandards gezahlt werden. Zusätzliche Förderung kann nur für benachteiligte Gebiete oder die Erbringung weiterer Leistungen gewährt werden. Agrarsubventionen müssen auslaufen. Gelder der zweiten Säule sollen in die Entwicklung ländlicher Räume fließen. Bei Kofinanzierungen muss auch die

Beteiligung finanzschwacher Regionen ermöglicht werden. Insgesamt müssen öffentliche Gelder transparent und nachvollziehbar vergeben und regelmäßig evaluiert werden. In einem weiteren Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Direktzahlungen mit Anforderungen bei Agrarumweltmaßnahmen („Greening“) verbunden werden. Ein Konzept für einfache, allgemeingültige, jährliche und vertraglich nicht gebundene Agrarumweltmaßnahmen ist vonnöten.

Ökologische Landwirtschaft fördern

Die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten nimmt zu, der Biolandbau expandiert und die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich steigt. Für die Weiterentwicklung der ökologischen Landwirtschaft müssen verlässliche Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene geschaffen werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich bei den Verhandlungen über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) für eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft einzusetzen. Zudem soll die Bundesregierung den Weltagrarbericht unterzeichnen und das Bundesprogramm Ökologischer Landbau nicht für andere landwirtschaftliche Produktionsverfahren öffnen. Wissenschaft und Forschung sind auf die Effizienz ressourcenschonender ökologischer Anbausysteme sowie artgerechte Tierhaltung auszurichten.

Spekulation mit landwirtschaftlichen Rohstoffen verhindern

Die Preise für Agrarrohstoffe steigen und sind gleichzeitig extremen Schwankungen unterlegen. Dadurch können sich vor allem arme Menschen nicht mehr mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Spekulationsgeschäfte tragen zu dieser Entwicklung bei. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer und internationaler Ebene für die Eindämmung von Nahrungsmittelspekulation einzusetzen. Der Handel mit Agrarrohstoffen soll möglichst über organisierte Märkte abgewickelt werden. Standardisierte Produkte, Meldepflichten für Verträge außerhalb der Börse und die regelmäßige

Veröffentlichung von Daten sollen für größere Transparenz sorgen. Auf europäischer Ebene ist eine Behörde einzurichten, die auf Nahrungs- und Rohstoffderivate spezialisiert ist.

Telemediengesetz ändern

Anbieter von Telemediendiensten speichern über sogenannte Cookies Informationen auf den Computern ihrer Nutzer. Dadurch können diese Computer bei zukünftigen Besuchen einer Internetseite wieder erkannt werden. Auch Nutzungsprofile können so erstellt werden. Bisher müssen die Anbieter Nutzer lediglich über das Setzen von Cookies informieren. Nutzungsprofile können erstellt werden, solange Nutzer nicht widersprechen. Die Europäische Union hat die E-Privacy-Richtlinie geändert, um den Umgang mit Cookies neu zu regeln. Die Bundesregierung hat die Richtlinie bislang nicht umgesetzt. Unser Gesetzentwurf sieht vor, das Telemediengesetz zu ändern. Cookies sollen nur von Anbietern gesetzt werden können, wenn die Nutzer vorher einwilligen.

Rentenminderung für DDR-Flüchtlinge verhindern

Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR wurden bei ihrer Niederlassung in der BRD in der Rentenversicherung Bundesbürgern gleichgestellt. Ihre Rentenanwartschaften wurden nach dem Fremdrentengesetz ermittelt. Mit dem Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz erfolgte 1993 eine neue Bewertung bei denjenigen, nach dem 31. Dezember 1936 geboren sind. Dies führte in vielen Fällen zu geringeren Rentenanwartschaften. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine Regelung für Personen zu schaffen, die die DDR bereits vor dem Mauerfall verlassen haben. Sie sollen unabhängig von ihrem Alter nach dem Fremdrentengesetz behandelt werden. Eine Vergleichsberechnung zwischen Fremdrentengesetz und Rentenüberleitungsgesetz soll Schlechterstellungen verhindern.

Kulturgüter digitalisieren

Bibliotheken, Museen und Archive bewahren das kulturelle Erbe für die nächsten Generationen. Durch Digitalisierung können Kulturgüter erhalten, archiviert und besser zugänglich gemacht werden. Bund, Länder und Gemeinden müssen zusammen wirken, um eine digitale kulturelle Infrastruktur zu schaffen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Ländern eine Übersicht über den Stand der Digitalisierung vorzulegen und eine nationale Digitalisierungsstrategie auszuarbeiten. Darin sind Prioritäten und einheitliche Standards festzulegen. Für ihre Umsetzung müssen jährlich Finanzmittel bereit gestellt werden. Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung sich für eine dauerhafte Finanzierung der europäischen Onlinebibliothek einsetzen. Dem Bundestag ist jährlich über Fortschritte bei der Digitalisierung zu berichten.

Menschen mit Behinderung kulturelle Teilhabe ermöglichen

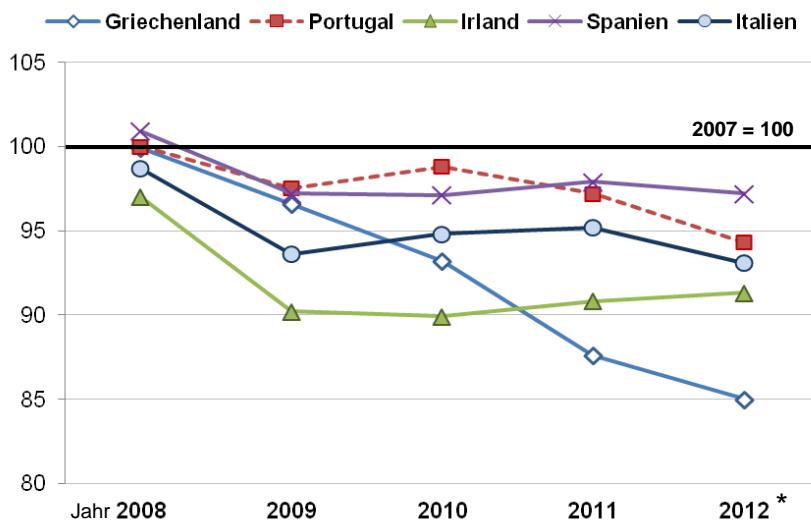
Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehört auch der Zugang zu kulturellen und medialen Angeboten und Aktivitäten. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Konvention trägt diesem Ziel nicht ausreichend Rechnung. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher zum Umsteuern auf. Bei allen Ausschreibungen und kulturellen Förderprogrammen des Bundes sind barrierefreie Zugänge zur kulturellen und medialen Infrastruktur zu berücksichtigen. Dies soll auch für die Kommunikationsangebote des Bundes selbst gelten. Menschen mit Behinderung müssen in Gremien vertreten sein, die über die Vergabe von Fördermitteln und Medieninhalte entscheiden. Auch öffentlich-rechtliche Fernsehsender sollen Barrierefreiheit verwirklichen. Kultur- und Medienunternehmer müssen verpflichtet werden, mehr barrierefreie Zugänge zu ihren Angeboten zu schaffen. Zudem muss das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit weiter gefördert werden.

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Die Abwärtsspirale im Euroraum

Reale BIP-Entwicklung in den Euro-Krisenstaaten



Quelle: IWF

* aktuelle Prognosen

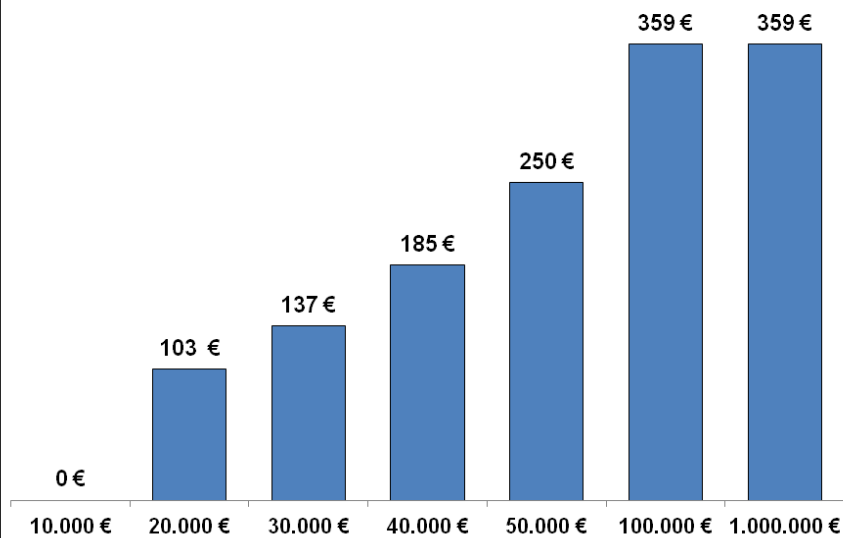
Merkel verordnet schwachen Patienten einen Aderlass. Das funktioniert nicht. Anders als Deutschland konnte sich bisher keines der Krisenländer der Eurozone vom Wirtschaftseinbruch der Jahre 2008/09 erholen. Sichtbar wird vielmehr, dass die einseitige Sparpolitik als Gegenleistung für Kredithilfen die Situation weiter verschärft. Griechenland befindet sich bereits in der Abwärtsspirale aus Rezession und weiter steigenden Schulden, aber auch Portugal ist seit dem vergangenen Jahr auf diesem Weg. Nach den von den neuen Regierungen in Spanien und Italien dort ebenfalls beschlossenen Sparprogrammen werden beide Länder in diesem Jahr erneut kräftig in die Rezession fallen. Selbst der „Musterknabe“ Irland stagniert, insbesondere seit der Weltkonjunktur in den letzten Monaten die Puste ausging. Wir brauchen eine europäische Wachstumsinitiative und ein Programm der industriellen Erneuerung in Europa

© Planungsgruppe

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Steuerpolitik für Wohlhabende

Steuerentlastungen im Jahr durch steuerpolitische Beschlüsse der Bundesregierung für 2013 und 2014



Quelle: BMF und ver.di

Schwarz-Gelb entlastet vor allem Gutverdiener und Spitzeneinkommen.

Auf der Grundlage von Zahlen des BMF errechnet der Verdi-Bundesvorstand, in welchem Maße Besserverdiener von der Steuerpolitik Merkels und Schäubles profitieren. Das „Gesetz zum Abbau der kalten Progression“ bringt für kleine Einkommen wenig. Die maximale Besserstellung hingegen erreichen Jahresbruttoeinkommen ab 100.000 Euro. Bezahlt wird diese Umverteilung nach oben mit Steuerausfällen von rd. 6 Mrd. Euro. Sie fehlen Bund und Ländern für die Finanzierung von Bildung und Betreuung. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz unter dreijähriger Kinder ab 2013 ist in Gefahr. Chancengleichheit Fehlanzeige!

© Planungsgruppe